



Für eine soziale und ökologische Wende in der Landwirtschaftspolitik

Position der Grünen/EFA im Europäischen Parlament zur GAP nach 2021

Analyse: Wo hakt es bei der EU-Landwirtschaftspolitik?

Die Gemeinsame Europäische Agrarpolitik (GAP) hat historisch viel erreicht: In den Nachkriegsjahren wurde sie aus der Taufe gehoben, um die Produktivität der Landwirtschaft zu steigern und so die Lebensmittelversorgung in Europa zu garantieren. Die Europäische Union sollte stolz darauf sein, dass die damaligen Ziele großteils erfüllt wurden. Doch statt sich neuen Aufgaben wie z.B. dem Klimaschutz zuzuwenden, halten konservative Kräfte an einem System fest, das viele der aktuellen Probleme nicht löst, sondern sie teilweise sogar schlimmer macht.

Die Herausforderungen sind heute andere als vor knapp 60 Jahren:

Ökologie

- Das Arten- und Insektensterben sind drastische Folgeschäden eines landwirtschaftlichen Systems, das auf die höchsten Erträge zum kleinsten Preis setzt.
- Der Klimawandel erfordert ein Umdenken, gerade was die ressourcenintensive Massentierhaltung angeht.
- Biologische Vielfalt, Tierschutz, Wasserqualität, Bodenfruchtbarkeit: Die industrielle Landwirtschaft verursacht massive Schäden, die die Zukunft der Lebensmittelproduktion in Europa gefährden.

Ökonomie

- Die aktuelle Politik nutzt in erster Linie großen Agrar- und Lebensmittelkonzernen. Ihre Marktmacht nimmt massiv zu, aktuell z.B. durch den Zusammenschluss von Bayer und Monsanto zu einem riesigen Saatgut-, Pestizid- und Pharmakonzern. Bei der Verteilung der Erlöse aus der Landwirtschaft bleiben für die Bäuerinnen und Bauern nur Krümel übrig. Ihre Einkommen müssen mit EU-Subventionen gestützt werden, und trotzdem werden in der EU pro Jahr 2-3% der Bauernhöfe aufgegeben. Bauern und Bäuerinnen verlieren somit ihre Arbeit, ländliche Regionen verlieren Wirtschaftsbetriebe und veröden, und die Verbraucher*innen verlieren regionale Lebensmittelversorger.
- Der einzelne Bauernhof profitiert nicht vom globalen Handel mit landwirtschaftlichen Produkten. Der Weltmarkt begünstigt die Produktion in Monokulturen bzw. Massentierhaltung und führt zu niedrigen Erzeugerpreisen. Trotzdem setzt die EU-Kommission massiv auf den Abschluss weiterer Handelsabkommen, in denen die Landwirtschaft zumeist als Faustpfand für andere Sektoren dient.
- Die europäischen Steuerzahler*innen müssen ein agroindustrielles System finanzieren, das ihnen Lebensmittelskandale, Tierleid, zerstörte Ökosysteme und einen Verlust an

Biodiversität beschert. Zusätzlich müssen sie für die Folge- und Reparaturkosten aufkommen, wenn z.B. nitrat-verseuchtes Grundwasser saniert werden muss oder das Gesundheitssystem durch ernährungsbedingte Krankheiten belastet wird.

Soziales

- Der Druck, der durch das System des “Wachsens oder Weichens” und die Abhängigkeit von Subventionen auf Bäuerinnen und Bauern lastet, ist gewaltig. In manchen EU-Mitgliedstaaten sind sie die Bevölkerungsgruppe mit der höchsten Selbstmordrate. Immer mehr Betriebe finden keine Hofnachfolger*innen, die Landwirtschaft überaltert.
- Nach wie vor sind die Agrargelder in der EU sehr ungleich verteilt. 80% der Betriebe bekommen nur 20% der Zahlungen. Das begünstigt die Großen und führt dazu, dass kleine Betriebe zusperren müssen. Es wird auch nicht geprüft, ob ein Betrieb überhaupt Förderungen braucht - weshalb auch Multimillionäre Land aufkaufen und Subventionen erhalten können. Das befeuert Landgrabbing durch Pensionsfonds, Immobilienspekulanten und andere Investoren.
- In der europäischen Landwirtschaft und in den nachgelagerten Verarbeitungsbetrieben wie z.B. Schlachthöfen werden Arbeiter*innen - oft Migrant*innen - unter untragbaren Bedingungen beschäftigt. Lohndumping, das Vorenthalten von Arbeitsrechten und unzumutbare Arbeitsbedingungen sind an der Tagesordnung.
- Die Direktzahlungen der GAP haben desaströse Auswirkungen auf die Märkte des Globalen Südens. Kleinbäuerinnen und Kleinbauern können nicht mit den künstlich billigen europäischen Agrarexporten konkurrieren, viele kämpfen um ihre Existenz. Die Produktion für den Export nach Europa wiederum frisst Flächen, die für die Ernährung der Bevölkerung vor Ort gebraucht wird. Hunger und Landflucht sind die Folgen.

Die aktuelle Gemeinsame Agrarpolitik wird all diesen Herausforderungen nicht gerecht. Es ist allerhöchste Zeit, die Landwirtschaftspolitik an neuen Zielen auszurichten. Doch der Vorschlag der Kommission ist im Wesentlichen ein „Weiter-wie-bisher“. Eine reine „Vereinfachung und Modernisierung“, so wie sie es vorschlägt, ist zu wenig. Die europäische Landwirtschaftspolitik muss breiter gedacht werden, nicht nur als eine Politik für den Agrarsektor, sondern als demokratisch legitimierte Gemeinsame Lebensmittelpolitik: als Politik für die ländlichen Räume, für Umwelt- und Tierschutz, für Gesundheit und gute Ernährung. Die lebhafteste zivilgesellschaftliche Bewegung für eine giffreie, tierfreundliche und sozial gerechte Landwirtschaft zeigt, dass die Bürger*innen dies von der Politik erwarten. Klar ist: Wer die Bürger*innen von der europäischen Idee überzeugen möchte, muss nachhaltige europäische Politik machen.

Was soll die Gemeinsame Agrar- und Lebensmittelpolitik leisten?

Öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen:

Boden und Wasser schützen, Biodiversität erhalten und die globale Erwärmung verringern.

Wir brauchen eine agrarökologische Trendwende in der europäischen Landwirtschaft. Die neue GAP darf nur mehr solche Bewirtschaftungsweisen fördern, die biologische Vielfalt aufbauen und Nährstoffkreisläufe schließen. Statt Monokulturen fördern wir Fruchtfolgen und den Aufbau von Humus, statt der Verseuchung von Grund- und Oberflächenwasser unterstützen wir den sparsamen Wasserverbrauch, statt dem Einsatz von Pestiziden fördern wir Systeme, die wenig anfällig für Krankheiten und Schädlinge sind. Soja-Importe werden reduziert, weil Tierhaltung vorrangig auf

Weide- und Grasfütterung basiert. Industrielle Massentierhaltung samt Einsatz von gentechnisch manipulierten Futtermitteln und Antibiotika wird nicht länger mit Steuergeld unterstützt, dafür aber artgerechte und bodengebundene Tierhaltung sowie Kreislaufwirtschaft. Die Landwirtschaft kann und muss eine Rolle bei der Bekämpfung des Klimawandels spielen - es ist Aufgabe der GAP, klimaschonende Bewirtschaftungsmethoden voranzutreiben und die Anpassung der Landwirtschaft an den Klimawandel zu unterstützen.

Ernährungssouveränität statt Abhängigkeit von Konzernen

Lokale Ökonomien und Zusammenarbeit zwischen Verbraucher*innen und Produzent*innen

Die neue GAP muss zu mehr Autonomie und finanzieller Stabilität für die Landwirt*innen führen und ihre Abhängigkeit von externen Produktionsmitteln verringern. Dazu müssen die Marktmacht und -konzentration von agrochemischen Konzernen und Supermärkten begrenzt werden. Saatgut und Tiervielfalt, die lokal angepasst sind und von Bauern und Bäuerinnen erhalten und vermehrt werden, müssen gefördert werden. Präzisionslandwirtschaft und zunehmende Digitalisierung der Landwirtschaft dürfen nicht zu noch mehr Verschuldung und Abhängigkeit von "Big Data"-Konzernen und Maschinenlobbys führen. Die GAP der Zukunft fördert innovative Methoden, die wenig Inputs brauchen und auf Kreislaufwirtschaft beruhen. Auch stärkt sie partizipative Forschung sowie die gemeinsame Erstellung und Weitergabe von Wissen, um den Bauern und Bäuerinnen beim Übergang zu wirklich nachhaltigen landwirtschaftlichen Praktiken zu helfen.

Eine Umstellung auf nachhaltige Lebensmittelsysteme kann nicht ohne Einbeziehung der gesamten Lieferkette erreicht werden. Die neue GAP fördert kurze Lieferketten und Direktvermarktung, stärkt die Position der Produzent*innen und bringt sie näher zu den Verbraucher*innen. Bauern und Bäuerinnen werden ermutigt, zusammenzuarbeiten. Oberstes Ziel ist die Stärkung der regionalen Produktion und der Nachfrage nach saisonalen und lokal erzeugten qualitativ hochwertigen Lebensmitteln.

Lebendige ländliche Räume und gesunde Lebensmittel für alle

Gute Arbeitsplätze in einem nachhaltigen Lebensmittelsystem - in Nord und Süd

Bauern und Bäuerinnen müssen einträgliche Preise bekommen, die die Produktionskosten decken. Dazu brauchen wir ein Management des Angebots unter anderem auch durch verpflichtende Produktionsobergrenzen und bodengebundene Viehhaltung. Zudem muss ein Großteil der Mittel an die kleinen und mittleren Betriebe fließen und nicht an Großunternehmen. Deshalb fordern wir eine Obergrenze von 50.000 € für Subventionen, die nur dann überschritten werden sollte, wenn der Betrieb eine hohe Anzahl von Arbeitnehmer*innen beschäftigt oder eine hohe soziale und ökologische Leistung erbringt. Immer mehr Betriebe sind Teil von größeren Agrokonzernen, deshalb soll die Obergrenze nicht pro landwirtschaftlichem Betrieb, sondern pro Muttergesellschaft gelten. Rechte von Arbeitnehmer*innen in der Landwirtschaft und den nachgelagerten Verarbeitungsbetrieben müssen gewährleistet werden.

Unsere Vision sind lebendige ländliche Gebiete, in denen Menschen gut leben und arbeiten können. Dazu brauchen wir eine gut finanzierte ländliche Entwicklung. Die neue GAP fördert insbesondere lokale Infrastrukturen, die Verarbeitung und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft, um lokal und regional Mehrwert zu schaffen und zu erhalten. Wir wollen eine Politik, die Kleinbauern und Kleinbäuerinnen gegen Landkonzentration, Landraub und städtische Expansion verteidigt. Zudem muss die EU ihre oft aggressiv exportorientierte Politik überdenken und anderen Ländern erlauben,

Nahrungsmittel für sich selbst zu produzieren. Ein erster, aber dringend notwendiger Schritt ist die Erhöhung der Produktion von pflanzlichem Eiweiß und die Verringerung der Abhängigkeit von importiertem, hauptsächlich genetisch verändertem Soja. Zudem muss die Milch- und Fleischproduktion auf ein für die EU ausreichendes nachhaltiges Niveau gebracht werden. Die EU darf nicht länger als "Milch- und Fleischfabrik" funktionieren, die Futtermittel importiert und tierische Produkte exportiert und damit Umwelt und Märkte im Globalen Süden zerstört.

Weiter wie bisher ist einfach keine Option. Wir müssen die EU-Landwirtschaftspolitik in eine nachhaltige und demokratische, eine sozial gerechte und ökologische Politik verwandeln. Für eine lebenswerte Zukunft, für gutes Essen für alle und für lebendige ländliche Räume.